

Arbeit & Reichtum umverteilen

Seit Wochen kämpfen die Beschäftigten der Landesbetriebe gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst wollen ein Exempel statuieren: Die 38,5-Stunden-Woche soll nicht nur mit allerlei Flexibilisierungsmaßnahmen ausgehöhlt werden, sie soll ganz offiziell per Tarifvertrag in den Müllhaufen wandern. Sie wollen den Weg freimachen für die Verlängerung der tariflichen und gesetzlichen Arbeitszeit.

Stellvertretend für alle Arbeitgeber versuchen die Länder einen Damm zu brechen. Beim Kampf der dort Beschäftigten geht es deshalb nicht nur um 18 Minuten. Es geht um die Frage, ob die Massenerwerbslosigkeit durch Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung noch verschärft wird oder ob diese menschenfeindliche Politik gestoppt werden kann. Er geht alle an.

Aus allen Rohren wird derzeit auf die Arbeitszeit geschossen, kein Argument ist zu billig. Die Bundesregierung will die Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre anheben, die EU-Kommission plant eine Richtlinie, mit der sie die Höchstarbeitszeit von 48 auf 60 und mehr Wochenstunden anheben will. Der Stellenabbau in der Industrie geht trotz der Rekordgewinne und saftigen Dividenden weiter, und der öffentliche Dienst spart Arbeitskräfte, um die Steuergeschenke an die Reichen bezahlen zu können.



«Tous ensemble solidaires – alle gemeinsam solidarisch». Wir müssen endlich «Französisch lernen» und breiten Widerstand entfachen

Foto: Bernhard Schmid

Erwerbslosigkeit wird nicht abgebaut werden, solange der Markt über die Schaffung von Arbeitsplätzen entscheidet. Es ist falsch, Neueinstellungen von mehr Wirtschaftswachstum abhängig zu machen. Soviel Wirtschaftswachstum kann es heutzutage gar nicht geben, dass dadurch die Erwerbslosigkeit abgebaut würde. Das müs-

sen auch die zugeben, die dem Unternehmerlager nahe stehen.

Vor einem Monat wurde eine Studie der Prognos AG veröffentlicht. Sie rechnet damit, dass bis zum Jahr 2030 die Summe der Güter und Dienstleistungen jährlich im Durchschnitt um 1,4% zunimmt und die Arbeitszeit um 9% ausgeweitet wird – unter diesen

Bedingungen blieben Millionen Menschen erwerbslos. Nur ein Faktor würde der weiteren Ausdehnung der Erwerbslosigkeit entgegenwirken, das ist der Bevölkerungsrückgang – aber erst ab 2010. Zum Glück, kann man da nur sagen, denn wozu Kinder in die Welt setzen, wenn die Gesellschaft sie von vornherein zu Ausschuss erklärt?

Zehn Millionen Menschen sind der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge in Deutschland heute ohne Arbeit oder unterbeschäftigt – das ist der «Überhang». Mag sein, dass die Hartz-Gesetze verhindern, dass es mehr werden – sie zwingen ja den Menschen zunehmend elende und nicht mehr existenzsichernde Beschäftigungen auf. Dennoch bedeuten diese Zahlen: Von denen, die heute 20 Jahre alt sind, hat über ein Viertel keine Chance auf eine dauerhafte Beschäftigung.

Für ganze Generationen von Jugendlichen gibt es keinen Platz in dieser Gesellschaft. Sie haben keine Zukunft. Deshalb begehren sie auf. Sie lassen es sich nicht länger gefallen, dass Schulen verwahrlosen, weil für Instandhaltung und Lehrpersonal kein Geld mehr ausgegeben wird. Welchen Sinn macht Schule, wenn sie nur auf ein Leben

in Erwerbslosigkeit vorbereiten kann?

Wirtschaft und Politik kennen nur eins: das «Überangebot» an Arbeitskräften zu nutzen, um sie schneller auszuquetschen und danach möglichst kostengünstig zu entsorgen. Für Qualifizierung und Heranbildung vollwertiger Mitglieder der Gesellschaft will der Staat nicht mehr aufkommen. Einwanderung wird nur geduldet, wenn sie Kosten spart und qualifizierte Arbeitskräfte zum Spottpreis bringt.

Auf Verelendung und Verwahrlosung reagieren die Herrschenden mit Diskriminierung und Ausgrenzung. Heute sind angeblich die Einwanderer schuld, ihnen droht Abschiebung. Gibt es morgen Arbeitslager für Arme mit und ohne deutschen Pass?

Wohin die Verhältnisse treiben, erleben wir derzeit in Frankreich. Ende November brannten die Vorstädte, jetzt stehen Jugendliche, Gewerkschaften und soziale Bewegungen gemeinsam auf – gegen den Abbau des Kündigungsschutzes und für den Rücktritt der Regierung. Wir müssen endlich Französisch lernen und breiten Widerstand entfachen. Der Kapitalismus ist am Ende mit seinem Latein, wagen wir etwas Neues. ★

Zielscheibe Iran

von GILBERT ACHCAR

Militärische Angriffe auf den Iran drohen aus verschiedenen Gründen: Der Iran entzieht sich seit dem Sturz des Shah-Regimes im Jahre 1979 dem Einfluss der USA. Seinen eigenen Einfluss hingegen konnte er in jüngster Zeit ausweiten, vor allem im Irak und in Palästina, wo er die Hauptstütze der Hamas ist. Zusammen mit Teherans Einfluss auf die Hizbollah im Libanon und der Allianz mit Syrien macht dies den Iran heute zum Hauptfeind der USA.

Vor diesem Hintergrund ist für Washington die Aussicht, dass der Iran in den Besitz von Atomwaffen gelangen könnte, unannehmbar, ebenso für Israel, das ein Atomwaffenmonopol in der Region hat.

Die USA verlieren seit Beginn der Besatzung im Irak ständig an Boden. Andererseits sind sie dort und am Golf überhaupt zum Erfolg verdammt, weil in dieser Region zwei Drittel der Ölvorkommen der Welt lagern. Für die Regierung Bush ist die Versuchung groß, den Iran anzugreifen, um dessen Regime zu erschüttern. Damit wollen die USA auch ihre Kontrolle über den Irak festigen. George W. Bush, dessen Popularität zu Hause im Keller ist, will außerdem damit wieder Punkte machen.

Washington kann sich heute nicht leisten, in den Iran einzumarschieren, zumal seine Soldaten schon tief im irakischen Morast stecken. Die US-Luftwaffe könnte aber eine Reihe von Angriffszielen bombardieren.

Offiziell werfen die USA und die EU Teheran vor, nach Atomwaffen zu greifen. Tatsächlich wollen sie verhindern, dass der Iran Urananreicherung betreibt, die der Atomwaffensperrvertrag allerdings erlaubt. Einmal mehr gründen sie ihren Kriegskurs auf bloße Behauptungen.

Nicht nur Israel, von dessen Atomwaffen niemand spricht, sondern auch die Atommacht Pakistan werden hingegen an der langen Leine gehalten. Teheran mobilisiert dagegen die öffentliche Meinung im Nahen Osten, die in dieser Frage stark zum Iran neigt. Die Menschen sind dagegen, dass Israel ein Atomwaffenmonopol in der Region besitzt.

Wenn die Absicht wirklich wäre, eine weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern, dann müsste die gesamte Region zur atomwaffenfreien Zone erklärt werden – wie einige arabische Staaten es vorschlagen.

GILBERT ACHCAR lehrt Politische Wissenschaft an der Universität Paris VIII.

SO WOLLEN WIR ARBEITEN:

- Höchstens 30 Stunden in der Woche
- mindestens 10 Euro pro Stunde
- und das europaweit

Frankreich

«Die Regierung muss weg»

Interview mit **Fanny Gallot** (Studentin an der Sorbonne)

Wenige Tage, nachdem Fanny unsere Fragen beantwortet hatte, gingen allein in Paris wieder 700.000 Menschen gegen die Aushöhlung des Kündigungsschutzes auf die Straße.

■ Warum seid ihr seit Wochen auf der Straße?

Wir streiken und halten die Unis seit mehreren Wochen, in einigen Fällen schon seit zwei Monaten besetzt. Wir kämpfen gegen den Gesetzentwurf «zur Chancengleichheit». Darin gibt es Bestimmungen über den ersten Arbeitsvertrag (CPE – *Contrat Premier Embauche*), der für die unter 26-Jährigen in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftig-

ten eine Probezeit von zwei Jahren vorsieht, in der sie ohne jede Begründung entlassen werden können. Das ist die Fortsetzung des Gesetzes vom Sommer letzten Jahres, das dieselbe Regelung für Betriebe mit Belegschaften bis zu 20 Beschäftigten festlegte. Wir fordern die Rücknahme auch dieses Gesetzes. Ziel der Regierung ist es, diese Bestimmungen letztlich allen Lohnabhängigen aufzuzwingen.

Solche Verträge verallgemeinern die ungeschützte Beschäftigung, sie unterlaufen die bisherigen zeitlich unbefristeten Arbeitsverträge. Die Chefs können dann jede und

jeden jederzeit entlassen – wegen Verweigerung von Überstunden, wegen Unbotmäßigkeit, wegen Gegenwehr gegen sexuelle Anmache. Das Gesetz «zur Chancengleichheit» legalisiert darüber hinaus die Lehre ab 14 und die Nachtarbeit ab 15 Jahren. Es muss weg.

■ Wie bewertet ihr die jüngste Stellungnahme Chiracs?

Chirac schlägt vor, die Probezeit auf ein Jahr zu reduzieren und den jungen Leuten das Recht einzuräumen, dass sie erfahren, aus welchem Grund sie entlassen werden. Er will aber das Gesetz, gegen das wir protestieren, unterschreiben. Im Grunde schlägt er ein neues Gesetz vor, um das alte mit kleinen Änderungen beizubehalten.

Chirac versucht uns einzuschläfern, er gibt in der Sache nicht nach. Die Gewerkschaften, die Beschäftigten und die Jugendlichen verstehen das sehr gut und fallen nicht darauf herein. Schon am Abend nach der Rede von Chirac demonstrierten wieder 5000 in Paris. Damit wir uns durchsetzen, kommt es darauf an, dass die Beschäftigten streiken, und zwar nicht bloß an einzelnen Aktionstagen.

Wir spüren schon längere Zeit, dass wir gewinnen können: Die Regierung wankt, alle Gewerkschaftsverbände rufen zu großen Aktionstagen auf, die Bewegung

der Studierenden und der Schülerinnen und Schüler geht weiter. Wir brauchen einen unbefristeten Streik, zumindest in einigen Bereichen der Erwerbsarbeit, denn wenn wir die Wirtschaft lahmlegen, können wir gewinnen.

■ Gibt es in der Bewegung über die Ablehnung der Verschlechterungen hinaus auch Diskussionen über positive Forderungen für Verbesserungen?

Zunächst einmal wehren wir uns gegen die Repression: Wir verlangen, dass die ständig zunehmenden Kriminalisierungsversuche gegen Studierende, Schülerinnen und Schüler aufhören. Seit mehreren Jahren provoziert die Regierung massive Proteste, weil sie auf allen Ebenen angreift.

2003 kämpften die Beschäftigten gegen die Erhöhung der Lebensarbeitszeit, letztes Jahr waren die Schülerinnen und Schüler gegen die soziale Auslese an den Schulen auf der Straße. Am 29. Mai haben wir zur Europäischen Verfassung «Nein» gesagt. Dieser Regierung fehlt die Legitimation. Wir fordern ihren Rücktritt. Oft diskutieren wir auch darüber, wie die Erwerbslosigkeit und die Diskriminierung der Migranten zurückgedrängt werden können, wie diese Demokratie, diese Gesellschaft im Allgemeinen funktioniert, dieser Kapitalismus... ★



«CPE: Crève pour eux – Krepier' für die»

EU-Verfassung nicht vom Tisch

«Die Verfassung ist nicht tot. Sie befindet sich mitten im Ratifizierungsprozess», sagt Wolfgang Schäuble, der österreichische Bundeskanzler und derzeitige Vorsitzende des EU-Rats. Damit nähert sich die Phase des «stillen Nachdenkens» ihrem Ende, die die Staatschefs nach dem Nein zum Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden ausgerufen hatten.

Was kam bisher bei dem Nachdenken heraus? Ein bemerkenswertes Maß an Uneinsichtigkeit. Die meisten Politiker führen das Nein auf ein Vermittlungsproblem zurück. Die Bürgerinnen und Bürger hätten nicht verstanden, dass die Verfassung ihnen die beste aller möglichen EU-Welten liefert.

Zum Einwand der Verfassungsgegner, sie sei undemokratisch, neoliberal, unsozial und militaristisch, schweigt sich das offizielle Europa weiter aus. Stattdessen kommen jetzt von bundesdeutscher Seite Vorschläge auf den Tisch, wie die Verabschiedung dieses Verfassungsentwurfs neu betrieben werden kann.

Bereits Mitte Dezember schlug Angela Merkel ihren Kollegen in

der EU eine «Erklärung zur sozialen Dimension Europas» vor. Sie soll als Ergänzung zum unveränderten Verfassungstext den Franzosen und Niederländern das Vertragswerk wieder schmackhaft machen. Kosten darf die Sozialerklärung nichts. Sie wird rechtlich nicht bindend sein, beteuert Merkel. Politische Lyrik also. So unverschämt kann der französische Präsident Chirac seinen Landsleuten nicht gegenüberreten. Er will eine weitere Volksabstimmung – aber nur noch über einzelne Teile des Verfassungsvertrags.

Auch der Vizechef der EU-Kommission, Günther Verheugen, erteilt einer verbindlichen europäischen Sozialpolitik eine unmissverständliche Absage. Die behauptete soziale Kälte der EU sei nur eine gefühlte Kälte, die nichts mit der Realität gemein habe, behauptete der Sozialdemokrat in einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau*. Deshalb gebe es in dieser Sache keinen Handlungsbedarf.

Und was sagen die «einfachen» Bürgerinnen und Bürger Europas? In den Hauptstädten Europas, in Brüssel und in Straßburg wird über sie und ihre Motive diskutiert. Ge-

fragt werden sie nicht. Also müssen sie auf der Straße antworten.

Nach den jüngsten Erhebungen des Eurobarometers wollen mittlerweile 49% der europäischen Bevölkerung, dass die EU-Verfassung neu verhandelt wird. Nur 22% sind mit der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten einverstanden. 13% können sich vorstellen, das Projekt einer Verfassung für Europa ganz fallen zu lassen.

In der ersten Hälfte des Jahres 2007 übernimmt Angela Merkel für Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Die Bundesregierung pfeift auf die Meinung der Menschen. In der Koalitionsvereinbarung heißt es schlicht: «Wir stehen zum Europäischen Verfassungsvertrag.»

Auf dem Europäischen Sozialforum in Athen wird der europäischen Öffentlichkeit erstmals eine «Charta der Grundsätze für ein anderes Europa» vorgelegt werden. Diese stellt das Prinzip der Solidarität – und nicht wie der EU-Verfassungsentwurf die Konkurrenz – in den Mittelpunkt. Das ist ein guter Ausgangspunkt für eine breite Bewegung für ein anderes Europa.

Kampf der Kulturen?

Karikaturenstreit und Wirklichkeit

Der Abdruck von Karikaturen in westlichen Tageszeitungen, die etwa Mohammed mit Hakennase und Bombe als Selbstmordattentäter zeigen, wirkt wie eine kalkulierte Provokation. Die Empörung in der islamischen Welt war groß, und arabische Herrscherhäuser und islamistische Führungen waren froh, mit Protestmobilisierungen ein Ventil für die tief sitzende Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung zu schaffen. In der westlichen Linken gab es Stimmen, die forderten die Meinungsfreiheit zu verteidigen. Gleiches Recht für alle: Satiren und Karikaturen gegen die Kirche seien auch erlaubt. Das stimmt zwar, doch das Argument greift zu kurz.

Die in Frage stehenden Karikaturen sind rassistisch. Niemand würde auf die Idee kommen, die Karikaturen der Nazis gegen die Juden mit dem Verweis auf die Meinungsfreiheit zu rechtfertigen. Sie dienten der Vorbereitung des Massenmords. Die antiislamische Stimmungsmache heute ist Teil der Rechtfertigung laufender Kriege und der Vorbereitung neuer Kriege.

Der Begriff «Kampf der Kulturen» verschleiert, worum es wirklich geht. Der *Spiegel* vom 27. März 2006 ist realistischer mit seiner Titelgeschichte: «Der neue kalte Krieg. Kampf um die Rohstoffe», heißt es da. Ein «neues Zeitalter der Energiekonflikte» habe begonnen. Der Anschläge vom 11. September 2001 dienten als Vorwand, um Pläne zu verwirklichen, die schon lange in US-amerikanischen Schubladen lagen. Mit Lügen wurde der Krieg im Irak gerechtfertigt, und trotz des offensichtlichen Desasters verlassen die Besatzer immer noch nicht das Land. Der Iran ist die nächste Zielscheibe.

Es geht um die Erdöl- und Erdgasreserven der Erde, um den «Treibstoff des Krieges», wie der *Spiegel* richtig anmerkt. Im Nahen Osten befinden sich noch immer größere Erdölreserven als in der ganzen übrigen Welt zusammen. Saudi-Arabien liegt mit fast 800 Milliarden Barrel an der Spitze, der Iran mit 132 Milliarden an zweiter und der Irak mit 115 Milliarden an dritter Stelle. Über den Zugang zu diesen Rohstoffen hinaus geht es um die Kontrolle über die Transportwege und über die ganze Region. Sie ist ein Pulverfass, und Experten fürchten schon heute, dass aus diesem Konflikt ein Weltbrand werden kann. Sie weisen auf die Interessengegensätze zwischen den westlichen Ländern mit den USA an der Spitze einerseits und China und Russland andererseits.

Linke in Deutschland

Neue Partei – wofür?

Nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und den Kommunalwahlen in Hessen ist klar: Das Potenzial für den Aufbau einer neuen, starken, glaubwürdigen Partei der Linken ist ungebrochen. Aber es wird nicht ausreichend genutzt. Auch im ostdeutschen Bundesland Sachsen-Anhalt, wo sich die Linkspartei.PDS mit 24% als zweitstärkste Partei behauptete, verlor sie in absoluten Zahlen Zehntausende von Stimmen. Ergebnisse um die 3% in westlichen Bundesländern lassen fürchten, dass der mit der Gründung der WASG ausgelöste Elan erschöpft sein könnte. Die 7% bei den Kommunalwahlen in Hessen mit breiteren Bündnissen bis hin zur DKP und örtlichen Gruppen lassen schon eher optimistisch in die Zukunft blicken.

Herausragendes Ergebnis der Landtagswahlen ist der weiter gestiegene Anteil der Nichtwählerinnen und -wähler. Mögen Landtagswahlen auch an sich am wenigsten «vom Hocker reißen», erschreckend ist das doch. Wenn die Linke aus der schwindenden Zustimmung zur etablierten Politik nicht mehr Stimmen gewinnt, dann stimmt etwas nicht.

Die Gründung der WASG und das Vorhaben der Schaffung einer neuen, breiten Partei der Linken zusammen mit der L.PDS weckte Hoffnungen. Das ermöglichte den wahlpolitischen Durchbruch bei den Bundestagswahlen.

Doch in Berlin und in östlichen Bundesländern regiert die L.PDS als Juniorpartnerin der SPD, trägt Sozialabbau und Privatisierungen mit. In Berlin hat sich die «rot-rote» Koalition sogar als Rammbock gegen die Interessen der Beschäftigten betätigt: Mit dem Ausstieg aus dem Verband der öffentlichen Arbeitgeber, gegen die Belegschaft



Landesparteitag der nordrhein-westfälischen WASG in Dortmund im März 2006

der Charité und bei anderen Gelegenheiten.

Als Teil der etablierten Politik wird die neue linke Partei nur Enttäuschung und Resignation hervorrufen.

Eine linke Alternative verdient diesen Namen nur, wenn sie kompromisslos gegen wirtschaftsliberale Politik antritt. Jene in L.PDS und WASG, die dies einer sog. Realpolitik opfern, verspielen die Chance für einen linken Aufbruch.

In den kommenden Monaten, wenn Programm und Statut der neuen gemeinsamen Partei disku-

tiert werden, geht es um ein Profil, das dieser Herausforderung gerecht wird.

Die neue linke Partei muss uneingeschränkt für die Interessen aller abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen und Ausgegrenzten eintreten.

Die Arbeit in Parlamenten muss der Förderung und Ermutigung der außerparlamentarischen Mobilisierung und der sozialen Bewegungen dienen.

Mit Stellvertreterpolitik werden keine neuen Verhältnisse geschaffen. Selbstorganisation von unten

und neue Formen der Beteiligung an politischen Entscheidungen müssen entwickelt werden.

Unter den Bedingungen der kapitalistischen Globalisierung taugen die alten sozialdemokratischen Rezepte noch weniger als früher. Um neue Antworten zu entwickeln, brauchen wir eine plurale und international orientierte Linke, die die Lehren aus dem Scheitern von Sozialdemokratie und Stalinismus zieht.

Koordination der internationalen sozialistischen linken (isl)

Das Elend des Regierungssozialismus

Über hundert Jahre alt ist die Debatte darüber, ob sich Sozialistinnen und Sozialisten an bürgerlichen Regierungen beteiligen sollen oder nicht. Die heutige Position der Linkspartei.PDS in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern entspricht dem «Millebrandismus», der Ende des 19. Jahrhunderts das Licht der Welt erblickte. Etienne-Alexandre Millebrand, führendes Mitglied der Sozialistischen Partei Frankreichs, trat 1899 in die Regierung Waldeck-Rousseau ein (der auch der «Henker der Pariser Kommune», Gaston de Galliffet, angehörte). Dies führte zur Spaltung der französischen sozialistischen Bewegung, und auch in der deutschen Sozialdemokratie wurde heftig über das Für und Wider der Handlungsweise von Millerand diskutiert.

Millerand begründete seinen Schritt damals damit, Schlimmeres zu verhindern, die bürgerliche Republik gegen reaktionäre Anschläge (die in der Luft lagen) zu schützen und Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Regierung besser zur Geltung zu bringen.

Auch in der heutigen Debatte würde es zu kurz greifen, den «Millerandisten» in den Reihen der Linken zu unterstellen, es gehe ihnen nur um Senatoren- und Ministerposten – obwohl das sicher auch zu

den Motiven gehört. Es gibt ja auch viele einfache Mitglieder, Wählerinnen und Wähler, die sich die Frage stellen, ob es überhaupt eine Alternative zum «Mitregieren» gibt. Wenn eine linke Partei viele Stimmen erhalten hat, muss sie dann nicht auch Verantwortung tragen und versuchen, wenigstens zum Teil Interessen der Beschäftigten und der Ausgegrenzten in Regierungspolitik umzusetzen? Ist es



Rosa Luxemburg

nicht weltfremder Linksradikalismus zu verlangen, immer und unter allen Umständen in der Opposition zu bleiben? Bedeutet dies nicht einen Verzicht auf mögliche Verbesserungen im Namen einer sozialistischen Umwälzung, die vielleicht nie kommen wird?

Rosa Luxemburg ist Namenspatronin der PDS-nahen Stiftung und daher sicherlich zitierfähig. Sie griff damals mit einer Artikelserie über die «sozialistische Krise in Frankreich» in die Debatte ein und nahm unzweideutig Stellung:

«Worin sich die sozialistische Politik von der bürgerlichen unterscheidet, ist der Umstand, dass die Sozialisten als Gegner der gesamten bestehenden Ordnung im bürgerlichen Parlament grundsätzlich auf die Opposition angewiesen sind. Die vornehmste Aufgabe der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialisten, die Aufklärung der Arbeiterklasse, findet vor allem in der systematischen Kritik der herrschenden Politik ihre Lösung. Allein, weit entfernt, handgreifliche Erfolge, unmittelbare Reformen fortschrittlichen Charakters unmöglich zu machen, ist die grundsätzliche Opposition für jede Minderheitspartei im Allgemeinen, ganz besonders aber für die sozialistische, das einzig wirksame Mittel, praktische Erfolge zu erzielen.»

Regierungssozialisten werden

laut Luxemburg stets zu Geiseln der bürgerlichen Politik. Sie «kultivieren die Phrase von der «praktischen Arbeit», ohne auf deren Gestaltung nennenswerten Einfluss zu gewinnen». Klingt das nicht brandaktuell? Auch der «rot-rote» Senat in Berlin verbessert nicht die Lage der Beschäftigten und der Erwerbslosen, sondern vollzieht neoliberale Politik. Außerdem erschwert er die Gegenwehr, weil es entmutigend wirkt, wenn auch die «Roten» den Interessen des Kapitals dienen.

Dies alles bedeutet nicht, dass die Linke nur die sozialistische Umwälzung predigen oder warten muss, bis sie im Parlament eine Mehrheit hat. Auch eine sozialistische Alleinregierung müsste sich auf die Mobilisierung von Millionen von Menschen stützen, um gegen das Kapital (gegen Medienkampagnen, Kapitalflucht und Investitionsstreik) auch nur bescheidene Reformen durchzusetzen. Unter heutigen Bedingungen verlangt das Kapital von jeder Regierung, die Lage der Beschäftigten und Ausgegrenzten zugunsten der Profiteure weiter zu verschlechtern. Umgekehrt kann die Linke sich nur unter der Bedingung an einer Regierung beteiligen, dass diese bedeutende Verbesserungen der Lage der Beschäftigten und Ausgegrenzten verwirklicht. ★

isl
internationale sozialistische linke

Was wir wollen

★ Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Wir glauben auch, dass diese Tradition kritisch überprüft werden muss, und wollen sie in diesem Sinn vermitteln und theoretisch weiterentwickeln. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.

★ Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.

★ Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.

Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.

★ Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.

Die G8 sind illegitim

Gleiche Rechte für alle – überall

Interview mit **Pedram Shahyar** vom Koordinierungsrat Attac Deutschland



Pedram Shahyar

Wir halten das Treffen der G8 für illegitim. Die acht mächtigsten Staaten erklären sich auf Grundlage ihrer wirtschaftlichen und militärischen Macht quasi zu einer Weltregierung, ohne jegliche demokratische Legitimation. Deshalb werden wir zivilen Ungehorsam leisten und die Logistik dieses Gipfels behindern. Darüber hinaus werden wir in diesen Tagen ein ausgedehntes Kulturprogramm haben – mit Konzerten, Festivals und Protestcamps.

■ Im Sommer 2007 soll der G8-Gipfel in Heiligendamm stattfinden. Ende März hat sich in Rostock ein bundesweites Vorbereitungstreffen für eine Gegenmobilisierung getroffen. Was habt ihr vor?

Es wird zu sehr vielen unterschiedlichen Protestaktionen kommen. Wir planen zunächst eine Großdemonstration in Rostock, auf der sehr viele Menschen zu der heutigen Weltordnung und ihren Repräsentanten «Nein» sagen werden.

Daneben wird es einen Gegen-gipfel geben, in dem wir deutlich machen werden, dass wir Alternativen zu der herrschenden Weltpolitik der G8 haben. Dritter wichtiger Baustein der Aktionen werden die Blockaden sein.

■ Welche inhaltliche Botschaft wollt ihr transportieren?

Der inhaltliche Zugang zu den Protesten ist sehr unterschiedlich, und das ist die Chance in der Mobilisierung. Viele werden aus Gerechtigkeitsempfinden für die Leidenden im globalen Süden auf die Straße gehen wollen, andere aus friedenspolitischen Motiven gegen den Militarismus der G8, andere wiederum sind ökologisch motiviert und gehen gegen die fossilen Dinosaurier auf die Straße, die nun weltweit noch mehr Atomkraftwerke wollen.

Dies macht die Mobilisierung gegen die G8 zu einer Chance mit einer einmaligen integrativen Kraft, um die Zusammenarbeit zwischen den sozialen Bewegun-

gen nachhaltig zu verbessern.

Insgesamt glaube ich allerdings, dass das tragende Motiv für eine Großmobilisierung Gerechtigkeitsempfinden und soziale Intuition ist – genau das, was die Neoliberalen zerstören wollen. Eben dies werden wir in diesen Tagen auf den Straßen mobilisieren.

■ Ihr könnt den Gipfel nicht verhindern. Selbst eine Blockade scheint außer Reichweite, angesichts der geografischen Lage des Tagungsorts. Was also kann das Ziel der Mobilisierung sein?

Das Ziel der Mobilisierung liegt sehr stark in dem Prozess, den es davor geben muss. Wir können im Vorfeld eine kritische Debatte über die heutige Weltpolitik in Gang setzen. Hierin liegt eine Chance, ähnlich wie bei den Protesten gegen die WTO in Seattle verschiedene Probleme zusammen zu denken, globaler zu denken.

Bei den Protesttagen selbst wird es darum gehen, dass wir in der globalen Öffentlichkeit ein Zeichen setzen, dass die Eliten sich heute nirgends mehr treffen können, ohne von einer Masse von Gegnern umzingelt zu sein. Dadurch werden wir sie in den Köpfen der Menschen noch mehr delegitimieren.

■ Dass die Globalisierung auf das Alltagsleben durchschlägt, erfahren die Menschen in zunehmendem Maße. Globalisierung ist geradezu ein Sachzwang geworden, mit dem immer dann argumentiert wird, wenn Löhne gekürzt, Arbeitsplätze verlagert und soziale Leistungen gestrichen werden sollen. Das überwindet man nicht, indem man in Heiligendamm demonstriert. Wie wollt ihr die Gegenmobilisierung mit den Alltagskämpfen verbinden?

Das ist eine große Aufgabe, die vor uns steht – klar zu machen, dass Hartz IV, Studiengebühren und

Renten Kürzungen im globalen Kontext stehen und die Repräsentanten dieser globalen Politik und ihre Hintermänner und Steuerungsgruppen sich nun im Sommer 2007 bei uns treffen und Protest verdient haben.

Ich erhoffe mir von einem erfolgreichen G8-Protest – ähnlich wie das in Italien gelungen ist – eine stärkerer Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen und linken Strukturen, die dann auch in den lokalen Konflikten fruchtbar gemacht werden kann, die wir gegen die Herrschenden vor unserer Haustür zu führen haben. ★

3. Juni · BERLIN · Alexanderplatz

«Schluss mit den Reformen gegen uns!»

Bundesweite Demonstration für Grundeinkommen, Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung

4.–7. Mai

Europäisches Sozialforum in Athen

Nach den europäischen Sozialforen in Florenz, Paris und London wird das vierte Europäische Sozialforum (ESF) 2006 in Athen stattfinden.

Die sozialen Bewegungen sind durch den Sozialforumsprozess stärker geworden. Die Aktionen des sozialen Widerstands haben sich ausgedehnt. Dennoch ist die Kluft zwischen Arm und Reich gewachsen, die europäische Politik nicht friedfertiger geworden. Die Angriffe auf soziale und demokratische Rechte haben sich verschärft, neue Attacken drohen durch massive Privatisierung von Dienstleistungen und öffentlichem Eigentum. Auch die Rechte der abhängig Beschäftigten und der Gewerkschaften sind Zielscheibe neoliberaler Politik. Immer noch sind Soldaten europäischer Staaten an Kriegen beteiligt, die Rüstungsausgaben erreichen neue Rekordmarken. Das internationale Handels- und Finanzsystem führt zur Ausbeutung von Entwicklungsländern und verschärft den Unterschied zwischen Arm und Reich. Die Wirtschaftsweisen der Industrieländer zerstört die Natur und die Lebensgrundlagen der Menschen.

In Athen werden vor allem Bewegungen aus den Balkanländern, der Türkei und Osteuropa in den Sozialforumsprozess einbezogen werden. Erstmals bietet der Europäische Gewerkschaftsbund ein Seminar auf dem Forum selbst an und organisiert am Vortag ein Gewerkschaftsforum, das allen Gewerkschaftern – auch solchen, die nicht dem EGB angehören – offensteht.

Wir wollen unsere Gegenwehr europaweit koordinieren, um Alternativen zu entwickeln und umzusetzen. Mit ihrem Nein zum EU-Verfassungsentwurf haben die Menschen in Frankreich und den Niederlanden gezeigt, dass gemeinschaftlicher Widerstand erfolgreich sein kann. Auch die Hafendarstellungsrichtlinie konnte gekippt werden.

In Athen werden wir den Prozess der europaweiten Vernetzung fortsetzen, der in den letzten Jahren zunehmend erfolgreich in Gang gekommen ist. Insbesondere steht die Planung von Aktionen gegen den drohenden Krieg gegen den Iran, gegen die Neuaufgabe der EU-Verfassung und gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 auf der Tagesordnung.

Infos und Anmeldung: www.fse-esf.org.

▼ Bilder von den Mobilisierungen gegen den G8-Gipfel 2005 in Edinburgh und Gleneagles (Schottland)



isl
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Dasselstr. 75–77, 50674 Köln
isl@die-welt-ist-keine-ware.de · www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl

Berlin isl-berlin@die-welt-ist-keine-ware.de Bielefeld isl-bielefeld@die-welt-ist-keine-ware.de Dortmund isl-dortmund@die-welt-ist-keine-ware.de Duisburg isl-duisburg@die-welt-ist-keine-ware.de Düsseldorf isl-duesseldorf@die-welt-ist-keine-ware.de Frankfurt am Main isl-frankfurt@die-welt-ist-keine-ware.de Hamburg isl-hamburg@die-welt-ist-keine-ware.de Hamm isl-hamm@die-welt-ist-keine-ware.de Köln isl-koeln@die-welt-ist-keine-ware.de München isl-muenchen@die-welt-ist-keine-ware.de Oldenburg/O. isl-oldenburg@die-welt-ist-keine-ware.de Ruhrgebiet isl-ruhrgebiet@die-welt-ist-keine-ware.de Schwäbisch Hall isl-schwaebisch-hall@die-welt-ist-keine-ware.de Stuttgart isl-stuttgart@die-welt-ist-keine-ware.de



IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken /IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf. Verantwortliche Redakteurin: Manuel Kellner Satz/Layout: Hans-Günter Mull Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten): isl, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln (0221) 9 23 11 96 · isl@die-welt-ist-keine-ware.de

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (4 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · 50674 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97 · redaktion@soz-verlag.de